

GB – das Relais für eine starke Vertretung der Stadt Bern beim Kanton

Blaise Kropf, Grossrat GB und Präsident Grüne Kanton Bern

Die Gross- und Regierungsratswahlen sind für den Kanton Bern eine zentrale Weichenstellung. Die kantonalen Wahlen sind aber auch für die Stadt Bern von richtungsweisender Bedeutung. Denn die Ausgestaltung der Politik in der Stadt Bern ist in immer grösserem Ausmass von Entscheiden auf kantonaler Ebene abhängig. Das Grüne Bündnis Stadt Bern ist jene Partei, welche die städtischen Anliegen am konsequentesten und kohärentesten in die politische Arbeit einbaut. Aus diesem Grund braucht es eine Stärkung des Grünen Bündnis, der ökologischen und sozialen Stadtpartei.

Im Sommer 2008 sorgte der Entwurf für das *Raumkonzept Schweiz* für viel Aufregung (sog. Metropolitanraumdebatte). Mit Vorstössen und Medienmitteilungen forderten Politiker/innen aller Couleurs, dass auch Bern zum Metropolitanraum deklariert werden müsse. Die Grünen verabschiedeten währenddessen ein Thesenpapier, welches unter anderem folgende Aussagen beinhaltet: «Bern lässt sich nicht einfach zum Metropolitanraum schreiben – und auch eine steuerpolitische Rosskur macht den Kanton Bern nicht zum Metropolitanraum. [...] Nur [die Stadt] Bern kann die Rolle des Motors für die Hauptstadtregion übernehmen. Eine Stärkung Berns in dieser Funktion nützt dem ganzen Kanton.»

Heute geht die Entwicklung erfreulicherweise in diese Richtung. Mit dem Projekt «Hauptstadtregion» und der Positionierung Berns als politischem Kompetenzzentrum der Schweiz haben Regierungs- und Gemeinderat die notwendige Neuausrichtung der Raumentwicklungspolitik eingeleitet. Die Grünen können für sich in Anspruch nehmen, viel Grundlagenarbeit dazu geleistet zu haben. Nun gilt es, den eingeschlagenen Pfad konsequent weiterzuentwickeln – dafür setzt sich das Grüne Bündnis ein. Trotz der im Grundsatz positiven Entwicklung stehen auf kantonaler Ebene viele Entscheide an, welche die angestrebte Stärkung des Zentrums «Bern» zunichte machen könnten. Dazu zwei Beispiele.

Erstens

Der Gemeinderat hat Mitte Januar dargelegt, wie sich die finanzielle Situation der Stadt Bern präsentiert. Die Stadt rechnet für die nächsten Jahre mit krisenbedingten Steuer mindererträgen von bis zu 25 Mio. Franken. Wenn auf kantonaler Ebene die Steuergesetzrevision nach dem Gusto von SVP und FDP ausfällt, ergeben sich für die Stadt Bern weitere Steuer mindererträge von knapp 19 Mio. Franken, was rund 0,8 Steueranlagezehnteln entspricht. Es ist aus der Sicht auch der Stadt Bern (aber auch der anderen Berner Gemeinden) zentral, dass die kantonale Finanz- und Steuerpolitik so geführt wird, dass den zu stärkenden Gemeinden nicht laufend Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, welche alle anderen Anstrengungen zunichte machen. Dafür steht das Grüne Bündnis ein. Mit unserer erprobten Bündnisfähigkeit wollen und können wir Alternativen zu dieser verantwortungslosen Politik bieten.

Zweitens

Mit der Revision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich stehen empfindliche Änderungen bevor. Die zur Diskussion stehende Einführung von Selbstbehalten in der institutionellen Sozialhilfe würde dazu führen, dass auch die Stadt Bern 20% der Aufwendungen für die Gemeinwesenarbeit (VBG, DOK, TOJ) und des Angebots an familienergänzender Kinderbetreuung selber bezahlen müsste. Mit solchen Massnahmen droht eine Verschlechterung des Leistungsangebotes, welches für eine starke Hauptstadtregion Bern zentral ist. Das Grüne Bündnis setzt sich im Grossen Rat gegen solche Verschlechterungen ein.

Fazit: Das Grüne Bündnis ist jene Partei, welche sich kohärent für eine ökologische und soziale Politik *und* für eine starke Stadt Bern einsetzt. Um die Stadt und den Kanton Bern voranzubringen, ist eine Stärkung des Grünen Bündnis notwendig.